

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erste Ausgabe täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **St. Konert in Neuß.**
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, **P. M. Schmitz.**
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 21.

Inserte für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 6-spaltige Zeile über
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Fruchtpreise zu Neuß am 13. December.

Weizen	1. Qual.	23 60	Hafer (neuer)	14 80
(neuer)	2. "	22 10	Müßeln (Weiß)	33 —
	3. "	—	Mais	34 50
Landroggen	1. Qual.	16 60	Kartoffeln	8 —
(neuer)	2. "	15 10	Senf	4 80
Gerste	Winter	17 —	Hoggenstroh	3 60
	Sommer	—		
Buchweizen		16 —		
Preise unverändert				
Müßeln per 100 Kilo in Partien von 100 Str.		78 —		
Müßeln per 100 Kilo faßweise		80 —		
Gereinigt Del per 100 Kilo 3. — M. höher als Müßeln.				
Preßkuchen per 1000 Kilo		158 —		
Weizen-Vorschuß 00 per 100 Kilo		32 50		
Kleien per 50 Kilo		5 60		
Müßeln und Kuchen unverändert.				

Deutschland.

Berlin, 11. Decbr. Die Gemeindec Commission ver-
handelte in ihrer Sitzung vom 6. d. über eine Petition des
Westfälischen Städtevereins wegen baldiger Aus-
dehnung der Selbst-Verwaltungs-Gesetze auf die
westlichen Provinzen der Monarchie. In der Petition
wird ausgeführt, daß in den dort geltenden Städte- und Land-
gemeindevorordnungen ein Hinderniß für die sofortige Ausdehnung
nicht zu befinden, daß auch aus dem gegenwärtigen kirchenpoli-
tischen Kampfe ein begründetes Verlangen nicht zu entnehmen sei;
vielmehr bilde die communal Selbstverwaltung das neutrale Ge-
biet, auf welchem die Gegensätze eine Ausgleichung und Versöh-
nung finden würden. Gleichzeitig werden die für wünschenswerth
erachteten Modificationen erörtert, welche sich namentlich auf die
Stellung der Städte zum Kreise, Kreis-Ausschüsse und zum Land-
rath, sowie auf die Voraussetzungen beziehen, unter denen die-
selben einen selbstständigen Kreis bilden können. Die Petenten
wünschen, daß in den westlichen Provinzen schon den Städten
mit einer Bevölkerungszahl von 10,000 Seelen das Auscheiden
aus dem Kreise, eventuell wenigstens aus dem communal-wirt-
schaftlichen Verbande des Kreises gestattet werde, daß die Wahl
zu den Kreistagen nicht, wie in den östlichen Provinzen, nach
Wahlverbänden, sondern direct durch die Vertreter der Ge-
meinden erfolge, daß bei allen Städten, mindestens aber bei
denen von 10,000 und mehr Einwohnern, die Polizeiaufsicht nicht
dem Landrath, sondern den Regierungen bzw. dem Regierungs-
präsidenten zu übertragen sei, daß die dem Kreis-Ausschüsse nach
§ 135 und folgenden der Kreisordnung übertragenen Geschäfte
in Polizeianglegenheiten der Städte der Polizeiverwaltungen der-
selben, mindestens in den Städten von der angegebenen Bevöl-
kerungszahl, zu belassen oder in gewerblichen Concessionsange-
legenheiten den Magistraten zu übertragen, bzw. soweit es sich
um Entscheidungen über Beschwerden gegen die Verfügungen der
städtischen Polizeiverwaltungen und Magistrate handle, an den
Bezirksrath resp. das Verwaltungsgericht zu überweisen seien.
Die Gemeindec Commission war der Ansicht, daß der Hauptantrag
des Westfälischen Städtevereins durch die Namens der königlichen
Staatsregierung von dem stellvertretenden Minister des Innern,
Friedrich, in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom
4. December d. J. abgegebene Erklärung seine Erledigung ge-
funden habe; sie hielt es ferner nicht für angezeigt, in die Be-
rathung der Einzelvor schläge der Petition wegen Modification der
Kreisordnung bei Einführung derselben in den westlichen Pro-
vinzen einzutreten, zumal der Minister ausdrücklich bemerkt habe,
daß er vor Aufstellung der betreffenden Gesetzesentwürfe zunächst
Vertrauensmänner aus den betheiligten Provinzen über die
wünschenswerthen Modificationen hören werde; sie glaubte aber
mit Rücksicht hierauf auch die desfallsigen Wünsche eines so au-
toritativen Vereins, wie des Westfälischen Städtevereins zur Kennt-
niß der Staatsregierung bringen zu müssen. Es wurde deshalb
beschlossen, dem Hause zu empfehlen, die Petition mit Rücksicht
auf die Erklärung der Staatsregierung in der Sitzung des Hau-
ses der Abgeordneten vom 4. d. M. als Material für die
nach jener Erklärung beabsichtigte Gesetzgebung der Staatsregie-
rung zu überweisen.

— In einem Artikel der „Kreuzztg.“ unter der Ueberschrift
„Zur inneren Lage“ heißt es:
„Nach unseren Informationen scheint der Minister Rath ge-
genwärtig bei Sr. Maj. dem Kaiser lebhaft dahin zu wirken,
daß die Entlassung des Präsidenten Herrmann nicht angenom-
men werde, und ebenso bemüht er sich, den Letzteren zum Ver-
bleiben in seinem Amte zu bewegen. Bei diesen Bestrebungen
scheint er der Zustimmung und eventuellen Unterstützung des
Fürsten Bismarck gewiß zu sein. In wie weit aber die so ge-
nannte neue Kanzlerkrise mit der evangelischen Frage über-
haupt zusammenhängt, ist sehr zweifelhaft. Sie mag als Moment
mit hinzugekommen sein; aber allein Ausschlag gebend dürfte sie
nicht sein. Fürst Bismarck wird sich vom Minister Rath mit
Rücksicht auf die Verhältnisse zur römisch-katholischen
Kirche nicht leicht trennen wollen. Diese Verhältnisse werden
für ihn maßgebend sein. Es scheint gewiß, daß Fürst Bismarck
seinen vollen Wiedereintritt in der Befähigung angebotiger „ka-
tholischer Geschäfte“ am Hofe abhängig machen will. Dagegen
ist die Behauptung, daß er eine Umbildung des Ministeriums
durch Heranziehung von national-liberalen Elementen beab-
sichtige, höchst unwahrscheinlich.“

Wenn wir glauben, daß die Situation in dieser Weise rich-
tig dargestellt ist, so ergibt sich, daß die Entlohnung der Dinge
den Fürsten Bismarck, indem er an dem Minister Rath und so-
mit auch an dem Präsidenten Herrmann festhält, unwillkürlich
auch auf dem evangelisch-kirchlichen Gebiete auf die Wege
des Liberalismus führen oder vielmehr ihn auf diesen Wegen
festhalten wird, auch wenn er persönlich mit den Anschauungen
des Protestantismus nicht sympathisirt. Eine conservative Posi-
tion wird sich dann überhaupt nicht verwirklichen lassen und die
Frage, ob national liberale oder andere Fachminister berufen wer-
den, ist dann von untergeordneter Bedeutung.

Rein Conservativer aber wird es billigen, wenn (wie die
liberalen Blätter dem Reichskanzler zuschreiben) ein Minister von
seinem Kaiser und Könige verlangt, ihm persönlich nachstehende
Männer, welche mit der Leitung der Staatsangelegenheiten nichts
zu thun haben, aus seiner Umgebung zu entfernen.“

— Einige Blätter erzählen, der Reichskanzler habe erst
vor Kurzem zu einem ihm sehr nahe stehenden und seit alten
Zeiten befreundeten Reichstagsabgeordneten fast wörtlich geäußert:
„er würde nur unter der Bedingung zum regelmäßigen Aufent-
halt in Berlin zu bewegen sein, wenn der Kaiser ihn von allen
laufenden Verwaltungsgeschäften entbinde würde, und er nur
in seiner Eigenschaft als oberster Rathgeber des Kaisers zu fun-
giren habe.“ Mit der Verwaltung wolle er absolut nichts mehr
zu thun haben.“

— In der Berliner Freien Presse finden wir folgenden
Rechnungsbericht über die Resultate der Arbeiter-
bewegung. „Noch nie war seit dem Beginn der socialisti-
schen Propaganda ein ähnlicher Aufschwung zu verzeichnen, wie
ihn das laufende Jahr in glücklicher Weise gezeigt. Zum drit-
ten Male in den letzten hundert Jahren hat uns Amerika durch
ein energisches Vorgehen einen ersten Anstoß gegeben durch
das Insichtreten einer socialdemokratischen Partei, sowie durch
den unglaublich schnell gewonnenen Einfluß der jungen Organi-
sation auf die Gesetzgebung und Verwaltung in Staat und Com-
mune. Von der Schweiz konnten wir neulich berichten, daß auch
dort die früher getrennten Arbeiterpartei mit streng socialistischen
Principien zusammentraten und in der Durchführung des Fabrik-
gesetzes mit dem Normalarbeitstage den Weg uns voranziehen,
den auch wir zu wandeln haben. In Frankreich ist in der „Ega-
lité“ das erste Mal entstanden, das durchweg unsere Anschauun-
gen theilt und bei den weltbekannten entschieden socialistischen Ge-
setzgebungen der überweltlichen Mehrheit unserer französischen
Brüder zweifellos in kürzester Frist eine mindestens ebenso wirk-
sam organisierte Partei um sich schaaren wird, als sie überhaupt
nur ein anderes Land besitzt. Aus Belgien und den Niederlan-
den kommt gute Kunde; namentlich endlich sind es die Anzeichen,
die ein politisches Eingreifen der englischen Gewerkschaftsbewe-
gung in sichere Aussicht stellen, welche einen entscheidenden Wen-
depunkt in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung schon
für eine nahe Zukunft im höchsten Grade wahrscheinlich machen.
Dort die alte zerbrochene Welt mit ihren Corruptions- und
Jammervorgängen, hier eine neue Gesellschaft voller Selbst-
gefühl, Thatkraft und Schaffensmuth!“ Ob gewisse Kreise die
Leitens der Socialdemocratie drohende Gefahr noch immer nicht
glauben wollen?

Bielefeld, 9. Decbr. Am 5. d. J. fand hier eine Ver-
sammlung der Conservativen statt, in welcher, laut Mit-
theilung des „B.“, der Reichstagsabgeordnete v. Reifferscheidt
und Director Strofer aus Münster unsere „neue Aera“ sehr
lebhaft kritisirten. Der erstere beklagte den Kulturkampf, zumal
die Einführung der Civilehe, die Einführung der Generalynobils-
ordnung, hauptsächlich der sog. „Schlußbestimmungen“ und den
Erlaß der Gewerbeordnung. Als das Programm der Deutsch-
conservativen für die nächste Reichstagsession bezeichnete er eine
Revision der Gewerbeordnung und eine Vermehrung der indirec-
ten Steuern, besonders der Tabaks- und Branntweinsteuer, und
Einführung der Vorsteuer.

Stuttgart, 11. Dec. Die Kammer nahm mit allen gegen
zwei Stimmen den Antrag Lenz, die gemeinderäthliche Veröffent-
lichung von Strafverfügungen gegen Falscher von
Lebensmitteln betreffend, an.

München, 7. Dec. Unser „Postoralblatt“ veröffentlicht so-
eben einen Auszug aus der letztwilligen Bestimmung
unseres verstorbenen Erzbischofes Gregor v. Scherr. „Jedes
Mitglied des Metropolitancapitels soll sich aus den nach Anord-
nung der Testamentsexecutoren zur Verfügung zu stellenden, im
tätlichen Gebrauche des Verlebten gehaltenen Utensilien ein An-
denken auswählen.“ Ist dies geschehen, so hat das Capitel
den Rest des Nachlasses größtentheils dem von dem hohen Ver-
storbenen besonders geliebten Diöcesan-Knabenseminar
in Freising zuwenden. Das Priesterseminar in Freising ist mit
5000 M., die hiesige Domkirche mit einem Pectorale und Bi-
schofsring, des Erzbischofes Nachfolger mit einem großen Delga-
malde (einem Geschenk des gegenwärtigen Königs) und der Rei-
schischen Pontificalkapelle, das Stift Metten mit Büchern und
Kunstgegenständen, die Verwandten und Dienerschaft mit kleinen
Legaten bedacht. Greifend sind die Abschiedsworte des Dahin-
gegangenen an Clerus und Volk, die also lauten:

„Den hochwürdigen Mitgliedern meines Metropolitancapitels danke ich hiermit aus vollem Herzen für die mir in
der Administration der Diöcese während meines Greifens mit aller
Hingebung geleisteten guten Dienste und bitte dieselben, meiner
fortwährend im Gebete eingedenk zu sein. Meinem geliebten

ehrwürdigen Clerus der Erzdiöcese danke ich gerührt
Herzens für die Treue, mit welcher derselbe, besonders in schwerer
Zeit, zu mir, meinem Erzbischofe, gestanden ist. Mögen meine
geliebten Diöcesanpriester meiner nie vergessen! Alle meine ge-
liebtesten Erzdiöcesanen, die während meines Oberhirtenamtes
meine Freude und mein Trost waren, ermahne ich in Gott dem
Herrn, fest und unerschütterlich zur h. römisch-katholischen Kirche
bis ans Lebensende zu halten, meine oftmals an sie gerichteten
Ermahnungen treu zu befolgen, und bitte sie mir ein freundliches
Andenken, besonders im Gebete zu bewahren. Alle die ich etwa
beleidigt oder gekränkt, oder an denen ich durch irgend welche
Unterlassung gesündigt haben mag, bitte ich hiermit um Verzeihung.“

Diese Abschiedsworte werden von den Kanzeln den Gläubigen
mitgetheilt werden. Sie tragen das Datum vom 7. September,
der Erzbischof starb am 24. October.

***H* Aus Bayern, 10. Dec.** Bei der dieser Tage in der
Kammer der Abgeordneten stattgefundenen Berathung der Berg-
werks-, Hütten- und Salinen-Gesetze für 1878 und 1879 ließ sich
zum ersten Mal der neue Herr Finanzminister v. Rindl hören.
Er hat zunächst um Nachsicht, wenn er über manche Details noch
nicht gehörig informiert sei und versicherte dann, daß es sein red-
licher Wille sei, dem „Wohle der Krone und des ganzen Landes“
zu dienen, ein Bestreben in welchem er sich mit dem ganzen Hause
der Abgeordneten im Einverständnis wisse. „Was die Person des
Herrn v. Rindl anbelangt, so kann nicht geleugnet werden, daß
derselbe ein Mann von großen Fähigkeiten und eiserne Fleiß
ist! Schon seit längerer Zeit im Ministerium des Innern thätig,
waren ihm dort bereits eine Reihe schwieriger Aufgaben über-
tragen worden; auch der Gesandtschaftsreise über die Errichtung eines
Verwaltungsgerichtshofes ist in erster Linie sein Werk. Dazu
vertrat er noch Bayern beim Bundesrathe in Berlin. Seine posi-
tische Stellung befindet sich ganz auf Seite der „Nationallibe-
ralen“, auf dem letzten Landtage gehörte er zu den eifrigsten
Verteidigern der „famosen“ ministeriellen Wahlkreiseinteilung.
Die „Liberalen“ können Herrn v. Rindl in weit größerem Maße
zu den Ihrigen zählen, als seinen Vorgänger (v. Herr), welcher
von sämtlichen Ministern der den katholischen Abgeordneten am
wenigsten unympathische war. Der stattgehabte Personenwechsel
bedeutet daher durchaus keine Aenderung des Systems zu Gun-
sten der „ultramontanen“ Kammermajorität, vielmehr liefert er
den Beweis, daß die im „liberalen“ Jahressommer befindliche Re-
gierungspolitik sich mehr als je des Beifalls Sr. Majestät des
Königs Ludwig erfreut. Wird die Sache von dieser Seite be-
trachtet, so kann man also in dem durch die katholischen Depu-
taten herbeigeführten Sturze Herr's wohl weniger ein für die
Sache des katholischen Volkes günstiges Ereigniß erblicken. Und
doch hat dasselbe, wie mit Recht bemerkt wird, eine sehr erfreu-
liche Seite. Es hat nämlich bei demselben die katholische Mehr-
heit in der Kammer endlich wieder einmal entschieden Farbe be-
kommen und ist energisch vorgegangen.“

Holland.

Haag, 11. Decbr. Gegenwärtig beschäftigt sich unsere
Presse, die liberale wie die katholische, wieder aufs angelegent-
lichste mit dem Kreuzherrn-Kloster St. Agatha in Nord-Bras-
bant. Diese alte Stätte der Frömmigkeit und Civilisation wurde,
wie ich Ihnen früher schon einmal gelegentlich mittheilte, vor 300
Jahren durch Sequestration in Domänengut verwandelt, blieb
aber gegen eine billige Pacht in den Händen ihrer ursprünglichen
Besitzer. Nun, soll, was bisher von allen Parteien, welche im
Land zur Herrschaft gelangten, verschont geblieben, unser Na-
dicalen zum Opfer fallen. Den Mönchen ist die Pacht gekündigt,
und ihnen bedeutet worden, daß sie mit dem 1. Januar
1878 Kloster und Ländereien zu räumen hätten.

Gegenwärtig ist nun die Regierung auf der Suche nach Kau-
fern für diese Kirchengüter; ihre Bemühungen scheinen indes von
schlechtem Erfolg begleitet zu sein. Als nämlich jüngst Termin
zum Verkaufe angesetzt war, erschienen im Ganzen 7 Personen,
darunter ein liberaler Redacteur und zwei preussische Bauern aus
Gleve. Die katholische Presse hat natürlich nicht unterlassen, ihre
Leier auf die kirchlichen Bestimmungen betreffs Aneignung von
Kirchengut aufmerksam zu machen, und u. A. auf die Commu-
nication hinzuweisen, welche das Concil von Trident (22.
Sitzung, Kapitel 11) über Alle ausspricht, welche auf einem an-
dern, als dem von der Kirche angegebenen Wege, sich Kirchengut
verschaffen. Darüber sind nun unsere liberalen Blätter vollständig
aus dem Häuschen gerathen. Sie schimpfen auf die katholische
Presse wie toll, denuntziren, drohen mit dem Strafgesetzbuch und
agitiren an allen Ecken und Enden des Landes, daß den recht-
mäßigen Herren ihr Eigenthum ja nicht bleibe. Die Katholiken
werden sich schwerlich an dieser Anexion betheiligen, gläubige
Protestanten auch nicht, und wäre es auch nur der Gedächtnis-
wegen, wohl aber werden die Juden und Wucherer sich
beilen, der Kirche ihr Eigenthum zu entreißen, und dann wird
das Vaterland einmal wieder gerettet sein.

In unserer Stadt ist augenblicklich das Gerücht verbreitet,
aus dem Kriegsministerium seien verschiedene
Wappen mit wichtigen Papieren verschwunden.
Nach einer langen Conferenz, welche der General-Secretär der
Kriegsverwaltung mit einem hervorragenden Polizeibeamten ge-
habt, sei sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet worden. Man
ist auf den Ausgang dieser mysteriösen Angelegenheit nicht wenig
gepannt.

Vom russisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Wien, 11. Dec. Weitere Nachrichten über die Katastrophe bei Plewna schildern die türkische Tapferkeit als über allem Zweifel erhaben, Osman Pascha errang anfangs bedeutende Erfolge und erst nach seiner Verwundung wurde die Schlacht zu Ungunsten der Türken entschieden. Der Zar reist morgen über Buda-Pest nach Petersburg. Das Gros der russischen Armee wird sofort gegen Sofia operieren.

London, 12. Dec. Die Times warnt vor jeder Demonstration englischerseits, welche die Türkei verleiten könnte, auf den schließlichen Beistand Englands zu rechnen. England werde niemals intervenieren, um die europäischen Provinzen der Pforte zu retten.

Konstantinopel, 11. Dec. Mehmed Ali wurde durch Schahir Pascha ersetzt, welcher bereits das Commando der Armee von Sofia übernahm.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz hat das „Reuter'sche Bureau“ folgende Depeschen aus Erzerum vom 7. Dec. erhalten: Es hat hier kein Gefecht stattgefunden. General Boris-Melitow, der gegenwärtig in Hardey weilt, versuchte, Truppen längs der Route Uti und Namerwan zu senden, aber der Versuch mißglückte in Folge der Unwegsamkeit der Landstraßen. Er hatte das Soghanligebirge mit 20 Kanonen verlassen und marschirte in der Richtung von Bassim. Die Russen, welche Karas gekommen, kommen langsam in der Nachbarschaft von Erzerum an, wo dicke Schneemassen liegen. Es ist 6 Grad Kälte. Die Verbindung zwischen Erzerum und Trapezunt ist schwierig, die in der Regel zwei Tage dauernde Reise nimmt jetzt in Folge des Schnees eine ganze Woche in Anspruch. Es heißt, daß die Russen beabsichtigen, die türkischen Verwundeten in Karas trotz des schlechten Zustandes der Straßen nach Erzerum zu senden. Aus Batum wird vom selben Tage gemeldet: Eine in einem Walde postirte Abtheilung russischer Cavallerie und Infanterie griff plötzlich die türkischen Vorposten an. Letzteren glückte es aber, nachdem sie die zu ihrem Beistande abgeordneten Verstärkungen erhalten, den Feind bis Haraba Kalissa zurückzudrängen und ihm empfindliche Verluste zuzufügen.

Der Spezial-Korrespondent der „Daily News“ im russischen Hauptquartier in Karas telegraphirt von dort unterm 9. d.: „Von Erzerum liegen uns noch keine positiven Nachrichten vor. Die Operationen zur Eroberung des Platzes werden vielleicht um 14 Tage verschoben werden. Es ist schwierig, eine straffe Blockade von Erzerum in dieser Jahreszeit aufrecht zu erhalten, dieselbe wird daher wahrscheinlich nicht versucht werden. Man glaubt indes, daß die Verbindung mit Trapezunt in Kurzem durch die in dieser Richtung marschirende 40. russische Division abgeschnitten werden wird. Die Generale Boris Melitow und Heymann sind noch immer in Hassan Kaleb. General Tergulajew ist hier auf Besuch. Der Großfürst Michael reiste heute nach Tiflis ab.“

Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Cattaro: Vorgestern fand ein Attentat gegen den Fürsten von Montenegro statt, jedoch war dasselbe erfolglos. Der Fürst bewohnte während der Operationen gegen das Fort Antivari das Haus Selim Begs in der Stadt Antivari. Während der Fürst zufällig ausgegangen war, wurde dieses Haus durch eine Mine in die Luft gesprengt. Von sieben im Hause befindlichen fürstlichen Leibgardisten ist einer todt, sechs wurden in die Luft geschleudert und sind kontusionirt.

Landtags-Verhandlungen. (Stat d. Cultusministers.)

21. Sitzung vom 24. November.

Zu Cap. 118 „katholische Bistümer“ bemerkt

Abg. Dr. Franz: „Capitel 118 des Stats enthält diejenigen Leistungen, welche der Staat für die katholischen Bistümer und deren Institute auszuweisen hat, zum Theil auf Grund der Bulle de salute animarum, einer Vereinbarung mit dem päpstlichen Stuhle. Das Gesetz vom 22. April 1875 hat diese Leistungen gesperrt, hat sie gesperrt aus Motiven, auf die eingegangen ich nach der Geschäftsordnung das Recht hätte, auf die ich aber nur so weit eingehen will, als ich vorhin durch verschiedene Aeußerungen des Herrn Vorredners provocirt worden bin. M. H., der Herr Abg. v. Sybel hat vorhin Veranlassung genommen, gegen Herrn Kollegen Dr. Adersbach in einer Weise zu polemischen, die mich in der That in Staunen gefetzt hat. Der Herr Abg. v. Sybel erklärt unser Parteiverhalten gegenüber der Staatsregierung für „beispiellos“. Nun, Herr v. Sybel, ich möchte Sie fragen, werden Sie uns denn nicht zugestehen, daß das Verfahren der königlichen Staatsregierung, daß die Gesetze, welche gegen uns erlassen sind, wie Herr Dr. Petri neulich zugestanden hat, erlassen sind „zur Vernichtung Roms“, daß diese „beispiellos“ in der Geschichte sind? (Auf: Nein!) Es wird hier gerufen: Nein. Ich gebe ja gern zu, daß es nicht Gesetze sind, wie Heinrich VIII. sie erlassen hat oder die jungfräuliche Königin Elisabeth, auch nicht wie Diocletian. Ja, m. H., wenn der Herr v. Sybel in diesem für uns einen Trost findet, so ist das für uns allerdings ein Zeichen, daß man von der Seite, die Herr v. Sybel vertritt, auch weiter zu gehen keine Scheu haben würde! Herr v. Sybel hat uns ferner den ungeheuer schweren Vorwurf gemacht, daß unser Verhalten das Land demoralisire. Ich bin in der That erstaunt, wie Herr v. Sybel uns gegenüber diesen Vorwurf erheben kann, Herr v. Sybel, der sich ganz gut erinnern wird an die jüngsten Vorgänge in Bonn und an die Publikation der Berichte, die ein gewisser Herr von dem Geschäftsführer des Deutschen Vereins bekommen hat! (Sehr richtig!) Ich glaube, Jedermann der diesen Dingen gefolgt ist, hat seine sittliche Entrüstung nicht zurückhalten können. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn Herr v. Sybel aus seiner Stellung als Archivar, die ich ja sehr hoch schätze, in die etwas ungewohnte Stellung eines Kirchenvaters übergehen will, habe ich nichts dagegen. Aber er soll uns doch erlauben, an seiner Schriftauslegung sehr zu zweifeln. Wenn er einmal Muth findet, so laße ich ihn ein, doch die Papstbriefe der ersten drei Jahrhunderte einer sorgfältigen Prüfung vorurtheilslos zu unterwerfen, dann will ich gern ein geschichtliches Colloquium mit ihm halten. (Auf: Cap. 118.) Ja, Cap. 118; wenn Sie erlauben, werde ich Ihnen den Zusammenhang meiner Ausführungen damit in kurzen Worten nachweisen. Cap. 118, habe ich vorhin schon bemerkt, enthält die Leistungen aus Staatsmitteln;

diese sind der katholischen Kirche und den Bistümern gesperrt aus Motiven, die ganz ähnlich sind mit den Sybelschen Ausführungen. Ich war also ganz bei der Sache. (Sehr richtig! im Centrum.) Dann hat Herr Graf Bethusy-Huc geglaubt, seine Stellung gegenüber der Majorität hier klar legen zu müssen. Es hat mich gefreut, daß Herr Graf Bethusy-Huc sich mit der Klarheit, wie er gethan hat und gewohnt ist zu thun, ausgedrückt hat. Daß Herr Graf Bethusy-Huc den „Culturkampf“ noch „nicht satt“ hat, bedaure ich, daß derselbe ihn betrübt, das freut mich; daß er hingegen geglaubt hat, auf Syllabus und Encyclica zurückgreifen zu müssen, das hat mich sehr gewundert. M. H., es scheint in der That — ich habe wenigstens den Eindruck nicht verwiesen können — daß wir jetzt wieder die allgemeinen Debatten vom Jahre 1873, 74 und 75 wiederholen müssen gegen die fortwährenden Anschuldigungen, welche gegen uns erhoben werden. (Sehr wahr! im Centrum.) Der Abg. Petri hat neulich eine Rede gehalten, die ihm bei der Debatte über das „Alt-Katholikengesetz“ alle Ehre gemacht haben würde, der Graf Bethusy-Huc hat heute über den Syllabus gesprochen — eine Rede, die vor drei bis vier Jahren ganz an der Stelle war. Aber wie man heute noch diese Syllabusfälsche anführen kann als ein Motiv zur Majorität, das verstehe ich in der That nicht. Ich habe die große Verachtung gehabt, hier über den Syllabus mich des Weiteren auszulassen, aber ich habe sie glücklich überwunden. Das eine möchte ich dem Grafen Bethusy-Huc doch sagen: der Syllabus ist keineswegs so leicht zu verstehen.“ (Unterbrechung des Präsidenten.)

Abg. Dr. Franz (fortfahrend): „Ich erlaube mir nun zu meiner Rechtfertigung einige Worte zu sprechen. Ich habe den Zusammenhang dieses Capitels mit der Generaldiscussion schon zweimal dargelegt, und ich glaube, daß ich das Recht habe, über die allgemeinen Principien ebenso gut bei Cap. 118 zu reden, wie vorhin bei der Position: kirchlicher Gerichtshof darüber geredet worden ist.“ (Sehr richtig! im Centrum.) (Unterbrechung des Präsidenten.)

Abg. Dr. Franz (fortfahrend): „Herr Präsident! Obwohl ich überzeuge bin, daß ich nicht zu weit gegangen bin, werde ich doch ganz sicher Ihren Anweisungen folgen. Nur, eine Bemerkung möchte ich mir noch erlauben: ich behalte mir das, was ich über den Syllabus dem Herrn Grafen Bethusy-Huc gegenüber sagen wollte, für eine andere Gelegenheit vor. M. H., ich gehe nun zu den einzelnen Positionen des Capitels über. Die Staatsregierung hat uns eine Nachweisung über die in Folge des Gesetzes vom 22. April 1875 eingestellten Leistungen aus Staatsmitteln für römisch-katholische Bistümer und Geistliche überreicht. Es ist dies auch in der vorigen Session geschehen. Die Ergebnisse, welche die Nachweisung bezüglich der Ausführung des Gesetzes vom 22. April 1875 darstellt, sind für die königliche Staatsregierung allerdings, glaube ich, sehr wenig befriedigend; beinahe die ganze Summe ist in den Händen der Staatsregierung geblieben; sie hat keine Veranlassung gehabt, sie an sogenannte staatsfreie Geistliche auszuhandeln. Oder, was will das heißen, wenn von dem Vierteljahresbetrag von 716,268 M. nur 149,183 M. ausgezahlt worden sind und zwar nicht an Geistliche, sondern zum größeren Theil an niedere Kirchenbedienstete und Kirchenfabriken, an Institute, denen nach den Grundsätzen des sogenannten Sperrgesetzes die Leistungen überhaupt nicht vorzuenthalten werden können? Dasselbe Resultat ist im vorigen Jahre eingetreten. Ich möchte dann die Frage der königlichen Staatsregierung nahe legen, ob es nicht im Interesse der Aufklärung des Landes über die Erfolge des sogenannten Sperrgesetzes doch an der Zeit wäre, diese verschiedenen empfangsberechtigten Personen von den berechtigten Instituten, Kirchenfabriken und dergleichen zu trennen. Das Land hat offenbar ein Interesse daran, zu wissen, welche Erfolge die Regierung mit dem sogenannten Sperrgesetz errungen hat, zu wissen, inwiefern die Regierung die Ehre des einzelnen Mannes zu überwinden vermocht hat. (Sehr gut! im Centrum.) Sie hat weiter die Verpflichtung, uns zu sagen, wie viele Geistliche den Forderungen des Gesetzes vom 22. April nachgegeben haben, wie viele erklärt haben, wir unterwerfen uns den Staatsgesetzen. Man hat, ich kenne die Sache ganz genau, vielfach versucht, durch eine Hintertür das Geld den Geistlichen zuzuführen, um dann sagen zu können: Nun haben wir wieder zwei oder drei Geistliche, die das Geld angenommen haben. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich bin in der Lage, darüber urtheilen zu können. Ich habe die Ehre, Vorsitzender des Comites zur Unterstützung der Geistlichen der Diocese Breslau zu sein, und ich weiß ungefähr, was vorgeht und wie man manipulirt. Man ist streng gegen solche, von denen man nicht erwartet, daß sie sich, ich möchte sagen, auf Glatteis führen lassen, man ist ungeheuer nachsichtig gegen solche, von denen man dergleichen Dinge erwarten zu dürfen glaubt. M. H., ich halte dafür, daß dieser Nachweis ein Zeugnis der Niederlage ist, eine Täuschung in der Erwartung, welche die königliche Staatsregierung leider an das Sperrgesetz geknüpft hat. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen über die geographischen Kenntnisse des Verfassers des Nachweises, den ich ja nicht kenne. Wir machen den Franzosen so oft den Vorwurf mangelnder geographischer Kenntnisse. M. H., der Nachweis des vorigen Jahres hat schon eine so bedauerliche Unkenntnis der kirchlichen Geographie Preußens verrathen, daß ich geglaubt habe, er sei gar nicht im Cultusministerium ausgearbeitet worden, oder höchstens von einem Kanoniker des Cultusministeriums. (Hört! im Centrum.) Gestatten Sie mir, Ihnen das zu beweisen. Wenn man im Cultusministerium die Stadt Berlin zur Diocese Culm rechnet (Heiterkeit im Centrum), wenn man die Regierungsbezirke Frankfurt, Kärnten, Stettin, Stralsund, die bekanntermaßen den Delegatbezirk der Diocese Breslau bilden, zur Diocese Culm zählt, wenn man Magdeburg und Merseburg in einer neuen Circumscription zu Breslau schlägt und endlich Koblenz und Düsseldorf zu Limburg — (Heiterkeit), m. H., da muß ich wirklich gestehen, es wäre zu empfehlen, daß zum „kleinen Daniel“ noch ein Anhang über kirchliche Geographie und Statistik gemacht werde. In einem Punkte aber hat der Herr sich geirrt, daß er nämlich jetzt nicht mehr Potsdam zu Culm rechnet, sondern zu Breslau — ein kleiner Fortschritt! (Heiterkeit.) Ich habe an den Herrn Cultusminister noch einige Fragen zu richten. In der Diocese Breslau existirt ein Commissarius für die Vermögensverwaltung. Ich weiß zwar, daß in den §§ 9 und 10 des betreffenden Gesetzes die Rechnungslegung über diese Verwaltung des Commissarius nur an die Oberrechnungskammer zu erfolgen hat, möchte aber doch über einige Dinge Auskunft erbitten, die geeignet sind, die Gemüther der Katholiken

über die Vermögensverwaltung des Commissarius zu beruhigen. Ich bemerke, daß ich dem Commissarius Herrn v. Schudmann persönlich gar keinen Vorwurf mache. Die Gehalte der Beamten, welche in der Vermögensverwaltung verwendet werden, sind, — so viel ich weiß und wie man sich in Breslau allgemein erzählt, — ganz bedeutend höher als die Gehalte, welche diese Herren in ihren Regierungsstellen haben. Die Gehalte müssen überhaupt aus dem kirchlichen Vermögen aufgebracht werden, und ich würde gar nichts sagen, wenn man den Beamten die Gehalte, die sie früher bezogen, belasse; eine Mehrleistung in Arbeit liegt doch gewiß nicht vor, denn in der kirchlichen Verwaltung haben sie nicht mehr zu thun, als sie in der Staatsverwaltung zu arbeiten hatten. Nun hat man mir erzählt — und ich glaube aus ganz zuverlässiger Quelle — daß der Commissarius für Breslau 3300 Mark mehr an Gehalt hat, als er als Staatsbeamter hatte, und daß zwei Subalternbeamte, die ihm ad latus gegeben sind, 1800 Mark mehr an Gehalt beziehen, als sie in der entsprechenden Staatsstelle hatten. M. H., ich halte das nicht für richtig. Wenn der Staat seine Beamten an eine andere Stelle ausleiht, so meine ich, müßte es ihm genügen, wenn diese Beamten dasselbe Gehalt bekommen, welches sie bisher bezogen haben. Das richte daher an das Ministerium die Aufforderung, sich über die Grundsätze bei der Anstellung von Commissarien und über die denselben und ihren Beamten bewilligten Gehaltsätze auszusprechen. Wir können ja wieder in friedliche Verhältnisse kommen, das bleibt ja nicht ausgeschlossen, und dann ist es für die legitime kirchliche Verwaltung eine schlimme Lage, wenn sie genöthigt ist, auf Grund dieser außerordentlich hohen Gehalte — z. B. ein Secretair mit 5500 Mark — die Verwaltung fortführen zu müssen. M. H., wir haben in der Diocese Breslau auch eine Reihe Staatspfarrer — ich will das hierüber ausführen, sonst würde ich mich bei der Position Breslau wieder zum Wort gemeldet haben —, über deren Charakter und kirchliche Legitimation ich nicht weiter reden will, weil diese Sache gestern erschöpfend behandelt worden ist. Ich möchte nur bemerken, daß in Bezug auf diese Staatspfarrer die königliche Staatsregierung mehr thut, als sie nach dem Gesetz verpflichtet ist. Sie sucht auf jede Weise die Thätigkeit dieser Herren zu fördern, sie sucht sie zu fördern, selbst auf Kosten der Existenz von Lehrern. Man spricht so viel über Lehrermangel. Ich habe hier Belege, daß man anerkannt tüchtige Lehrer aus Orten, an welchen Staatspfarrer sind, fortbekommt hat, weil man annahm, daß diese der Wirksamkeit des Staatspfarrers nicht förderlich sein würden. (Hört! im Centrum.) Das ist eine Förderung, die nicht vom Gesetz geboten ist und einen überaus schädlichen Einfluß auf die Lehrer selbst hat. Ich werde mir vorbehalten, darauf zurückzukommen. Dann aber muß ich es beklagen, daß die Verwaltung des Diocesanvermögens in der Diocese Breslau ebenfalls in finanzieller Beziehung diese Herren so sehr unterstützt. Ich will nicht reden von außerordentlichen Unterstüßungen, welche die Herren empfangen haben, sei es von dem Verwalter des Diocesanvermögens, sei es von dem Herrn Minister, der ja auch sehr freigebig gegen diese Herren ist, sondern geradezu von Verleihungen der Bestimmungen über die Diocesanvermögensverwaltung. Gestatten Sie mir, m. H., Ihnen das zu belegen. In Groß-Strehlitz ist ein sogenannter Staatspfarrer, der eine Revenue aus dem Beneficium von über 3000 Thalern bezieht, wofür er absolut nichts leistet, weil die Gemeinde mit ihm nichts zu thun haben will. Dieser Mann kam von der Pfarrei Kluschkau, einer Pfarrei, die auch gegen 2000 Thaler einbringt. Der Herr von Ujest hat ihn, nachdem er nach Strehlitz gekommen war, zum Stellvertreter in Kluschkau ernannt; in dieses Dorf kommt er ab und zu einmal, sehr selten, und der Herr von Ujest hat geglaubt, ihm auch die Nutznießung des dortigen Pfarrvermögens mit übergeben zu dürfen. Der Herr v. Schudmann hat ganz ordnungsgemäß von dem Kirchenvorstand, der von dem Staatspfarrer, der gar nicht zu ihm gehört, und von Beamten in einer Weise behandelt wird, wie es mit dem Selbstbestimmungsrecht desselben allerdings schwer vereinbar ist, verlangt, daß er das Vermögen an sich nehmen und die Einkünfte in den Fonds der Intercalarrücklage einliefern soll. Darauf schreibt Herr Müde — so heißt der Mann —:

„Br. m. zurück mit dem Bemerken, daß der hohe Patron von Kluschkau, Se. Durchlaucht Herr von Ujest, der mich am 12. Febr. 1876 zum Stellvertreter in der Pfarrei Kluschkau auf so lange verurtheilte, bis sich ein Nachfolger findet (Bestätigung vom Herrn Oberpräsidenten Graf Arnim 10. 2. 1876) in richtiger Würdigung der Umstände, daß in Kriegsjahren dem Kämpfer eine sogenannte Kriegszulage nicht nur erwünscht, sondern sehr nothwendig,

(Hört! Heiterkeit.) mir die Einkünfte von Kluschkau fortzugeben gütig gestattet hat, weshalb ich um Entbindung von etwaiger Rechnungslegung geborhamst bitte.“

(Hört! Hört!) Dem Herrn v. Schudmann ging es doch, wie man sagt, etwas stark über die Schnur. Ordnungsmäßig war Herr v. Schudmann verpflichtet, von dem Datum der Translocation von Kluschkau nach Strehlitz das Einkommen für den Intercalarrückfonds zu verlangen. Er hat das indessen nicht gethan; er hat zwar ausgeführt, das ginge nicht, die Einkünfte müssen abgeliefert werden, aber für die Vergangenheit wollte er ihm Indemnität ertheilen, wozu er gar kein Recht hatte. Herr v. Schudmann schreibt:

„Da dies nun aber geschehen ist, eine Entschädigung für die bisherige Cura Ihnen jedoch nicht abgesprochen werden kann, so will ich von der Rechnungslegung aus dieser Zeit absehen und Ihnen die bezogenen Revenuen belassen. Für die Zukunft jedoch hat der Kirchenvorstand die Verwaltung der Temporalien zu übernehmen und Rechnung zu legen.“ M. H., ich habe mich an Ort und Stelle überzeugt, in welcher Weise der Kirchenvorstand — es sind nämlich einfache Bauern, von welchen nur einige das Deutsche mit großer Mäßigkeit — maltrairt wird von Seiten des Staatspfarrers eines fremden Ortes, der nicht dahin gehört, im Verein mit den weltlichen Behörden. Sobald ich die Actenstücke zusammen habe, werde ich mir erlauben, eingehend darüber zu reden, einstweilen möchte ich den Herrn Minister ersuchen, die Verwaltung des Diocesanvermögens anzuweisen, mit großer Voracht und Ordnung die Kirchenvermögensangelegenheiten zu besorgen. Dergleichen Dinge machen einen überaus schlimmen Eindruck; sie könnten uns ja nur nützen, sie nehmen dem Volke den Glauben, daß man mit dem Kirchen-

vermögen verfahren, halten, geben, d. Revenuen Hoffnung mit dem Fall z. trübten n.

Geh. näher tr. heimen n.

Abg. kamp n. aus der jege dur. solche Zhrer e. mentlich ist die Zwang und n.

Staats noch ein storifer sprach n. schen Z. jer Sei. sind, un. Er ist d. der er 1840 z. kein Re. nicht d. Geograp. wollen. schße. Deidenj. man m. rallele. treue g. Batilan. erspart. welche. troß d. jedem v. dieser. Fahne. politit. kennen. Dypstis. nister. stehen. sehr v. Die jek. davon. Mägel. thuy. nification. freit ist. bürger. hierard. der Be. Regieru. legen. Bisthöf. lichen. in and. omme. wano. Niem. Encycl. früher. derje. unsegt. desje. Princi. aber d. wird e. bige G. auf S.

M. gung. Verlag. anzu. Stund. den, d. muß. W. trages. M.

unterb. und i. Ausei. engere. die m. der H. Birkch. laub. sprech.

Oberr. in An. b r d. Kaiser. gegeb. Proje.

zu beunruhigen.
n v. Schudmann
alle der Beamten,
werden, sind, —
allgemein erzählt,
diese Herren in
müssen überhaupt
n, und ich würde
Gefühle, die sie
arbeit liegt doch ge
g haben sie nicht
u arbeiten hatten.
aus ganz zuver
slau 3300 Mark
r hatte, und daß
eben sind, 1800
rechnen Staats
würde ich mich bei
haben —, über
nicht weiter reden
unbeteiligt worden ist.
diese Staatsparr
sie nach dem Ge
die Thätigkeit die
selbst auf Kosten
über Lehrerman
nicht tüchtige Lehrer
decretirt hat, weil
aatsparrers nicht
Das ist eine Fö
me überaus schäd
erde mir vorbe
ich es beklagen,
der Diöcese Dres
ren so sehr un
enstlichen Unter
sei es von dem
dem Herrn Mi
renen ist, sondern
ber die Diöcesan
H. J. Ihnen das
Staatsparrar,
der 3000 Thaler
die Gemeinde mit
kam von der
den 2000 Thaler
dem er nach Stre
chou ernannt; in
fekten, und der
Nugnießung des
en. Der Herr v.
Kirchenvorstand,
gehört, und von
s mit dem Selbst
einbar ist, ver
und die Einkünfte
ll. Darauf schreibt
daß der hohe Pa
rog von Ulf, der
ter in der Pfarrei
in Nachfolger fin
nten Graf Armin
der Umstände, daß
annte Kriegszulage
ig,
stehen gütigst ge
en etwaiger Rech

vermögen während der Beschlagnahme wirklich ordnungsmäßig
verfähre; aber wir haben das höchste Interesse, auch darauf zu
halten, daß ordnungsmäßig verfahren wird, wir können nicht zu
geben, daß an einen Unberechtigten so große Summen aus den
Revenuen einer Pfarre gegeben werden. Ich gebe mich der
Hoffnung hin, daß ich von der königlichen Staatsregierung nicht
mit dem classischen Schweigen beehrt werde, wie es sonst der
Fall zu sein pflegt, wäre es indessen, so würde ich mich auch zu
trösten wissen." (Bravo.)

Geh. Rath Lucanus. Die Regierung werde den Thatfachen
näher treten und die Bemerkungen über die Geographie der ge
heimen Calculatur überweisen. (Heiterkeit.)

Abg. Birchow. Ich habe an diesem Capitel den Cultur
kampf noch nicht satt. Auch ich beklage viele Einzelsälle, welche
aus der ungeordneten und ungewöhnlichen Ausführung der Ge
setze durch untergeordnete Behörden entstehen, und wenn Sie uns
solche Einzelsälle evident nachweisen, wird stets die Majorität auf
Ihrer Seite stehen. Principiell aber steht die Sache anders, na
mentlich bei diesem Capitel. Was hier gebrochen und sistirt ist,
ist die Organisation, durch welche die römische Curie einen
Zwang aus das Gewissen der einzelnen Staatsbürger ausübt
und noch ausübt und denselben so in Conflict mit den
Staatsgesetzen bringt. In diesem Sinne kämpfen wir auch heute
noch einen Kampf gegen Rom, und ich bin erstaunt, daß der „Hi
storiker des Hauses“ das Gegentheil heute behauptet hat. Er
sprach von dieser (linken) Seite des Hauses, von „seinen politi
schen Freunden“; ich will nur konstatiren, daß wir zwar auf die
ser Seite des Hauses sitzen, aber nicht seine politischen Freunde
sind, und ebenjowenig seine diesmal geäußerte Ansicht theilen.
Er ist auch nicht der berufene Interpret dieser Gesetzgebung,
der er nicht mitgewirkt hat. In dem Sinne, den Zustand vor
1840 zurückzuführen, hätte niemand diesen Gesetzen zugestimmt,
kein Redner hätte einen solchen Gedanken geäußert. Wir wollen
nicht das Bactiren mit dem römischen Stuhl und die kirchliche
Geographie als Bestandtheil unserer Lehrbücher. (Heiterkeit.) Wir
wollen das natürliche Recht der Gemeinde gründen ohne die Bi
schöfe und ohne Rom. Die Staatspastoren sind nicht meine
Leidenchaft, aber die Ueberzeugungstreue Ihrer Bischöfe kann
man mindestens mit derjenigen der Staatspastoren in eine Pa
rallele stellen. Hätten die deutschen Bischöfe ihre Ueberzeugungstreue
gewahrt, wären sie mit demselben Sinn, mit dem sie zum
Vaticanischen Concil gingen, zurückgekehrt, so wäre dieser Kampf
erspart geblieben. Mit ihrem Nachgeben trat die Katastrophe ein,
welche der Syllabus und die Encyclica vorbereiteten. Jetzt bleibt
trotz der vielen mangelhaften Einzelbestimmungen der Gesetze
jedem national gesinnten Manne nichts Anderes übrig, als in
dieser Politik treu zur Regierung zu stehen und die bisherige
Zahne aufrecht zu erhalten. Ob die jetzige Regierung ihre Kirchen
politik zu ändern vermag, ist zweifelhaft. Die Conservativen ver
kennen dabei die politische Situation. Wir sind Sr. Majestät
Disposition. Wir hängen nicht an den Personen der jetzigen Mi
nister, aber in dieser Politik werden wir ihnen stets zur Seite
stehen. Wenn die conservative Partei von den Ministern Um
kehr verlangt, wer soll diesen Gang nach Canossa ausführen?
Die jetzige Regierung hat sich an diese Politik gebunden, sie kann
davon selbst durch Bactiren nicht los, auch nicht wenn sie die
Malaise, nach dem etwas spanischen Ausdruck des Grafen Be
thou, für revivabel hält. (Heiterkeit.) Eine vernünftige Orga
nisation unserer Schule, wenn sie von religiösen Elementen be
freit ist, wird uns eine Generation urtheilsfähiger Staats
bürger heranziehen, welche den schlechten confessionellen und
hierarchischen Einflüssen widerstehen können. Mit der Länge
der Zeit wird sich auch die Kirche, wenn sie die Festigkeit der
Regierung und der Majorität der Landesvertretung sieht, über
legen, ob es politisch klug ist, diesen Kampf zu perpetuiren. Die
Bischöfe sind nach einander abgesetzt worden, weil sie den ge
setzlichen Anforderungen über die Anstellung der Geistlichen, die sie
in anderen deutschen Ländern widerstandslos befolgen, nicht nach
kommen wollen. (Widerpruch im Centrum.) Die Curie ist eben
wandelbar in der Interpretation ihrer Gesetze, wie ja auch heute
Niemand außer den Herren im Centrum gewiß weiß, was in der
Encyclica gesagt ist. Der Einführung des Coelibats haben sich
früher auch einige Länder, wie Schweden und Friesland wider
setzt und haben ihre Opposition durchgesetzt. So wird es auch
uns gehen, wenn wir als national gesinnte Männer an unseren
Principien festhalten und nicht müde werden im Kampfe. Sollte
aber die Curie auch dann noch auf dem Kampfe beharren, dann
wird endlich unsere Forderung erfüllt werden müssen, die vollstän
dige Gemeindefreiheit und der freie Aufbau des religiösen Lebens
auf Synoden. (Beifall.)

Abg. Freiherr v. Schorlemer-Alst beantragt die Verta
gung und bemerkt: „Ich habe mir erlaubt, den Antrag auf
Vertagung zu überreichen, und bitte das hohe Haus, den Antrag
anzunehmen, einmal um deswillen, weil wir schon in vorgerückter
Stunde sind, und weil Sie anerkennen müssen, daß auf die Re
den, die hier gehalten worden sind, das Wort uns gestattet sein
muß, um ...“

Vizepräsident Klotz: Die Begründung eines Vertagungsan
trages ist nach der Geschäftsordnung unzulässig.

Abg. Dr. Franz: „Ich bin vorher bei einigen Erörterungen
unterbrochen worden. — Das mag ja ganz in der Ordnung sein,
und ich füge mich. Ich appellire jetzt an das Haus, ob die
Auseinanderbesetzungen des Herrn Kollegen Dr. Birchow in einem
engeren Zusammenhange mit Capitel 118 gestanden haben als
die meinigen.“ (Heiterkeit im Centrum.)

Abg. Windthorst (Meppen): „Meinestheils erkläre ich, daß
der Herr Präsident sehr wohl gethan hat, den Herrn Kollegen
Birchow so sprechen zu lassen, wie er gesprochen hat; aber ich
laube allerdings, daß auch der Herr College Franz also hätte
sprechen dürfen und müssen.“ (Zustimmung im Centrum.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 12. Dec. In der vorigen Woche hatten die H. H.
Oberbürgermeister von Düsseldorf, Grevel, Elberfeld und Warden
in Angelegenheit des Hauses einer zweiten festen Rheins
brücke bei Düsseldorf eine Audienz bei Sr. Majestät dem
Kaiser. Hochdieselbe soll den genannten Herren die Zusicherung
gegeben haben, daß die Verhandlungen über das in Rede stehende
Project recht bald zu Ende geführt werden sollten.

Neuß, 12. Dec. Wie die „N. Ztg.“ wiederholt berichtet,
wäre seitens der liberalen Partei doch gegen die Stadtveror
dnenwahl 2. Classe protestirt worden.

Düsseldorf, 10. Dec. Der kgl. Ober-Procurator erklärt
gegen 59 Militärpflichtige Stadtbefrei. Die Betreffenden sind
wegen unerlaubter Auswanderung vom Zuchtpolizeigerichte hier
selbst am 8. Oct. 1872 zu einer Geldstrafe von je 51 Thaler
event. 1 Monat Gefängniß verurtheilt worden, konnten aber bis
jetzt nicht ermittelt werden.

Vom Niederrhein, 10. Dec. In Essen, Gelsenkirchen,
Bochum und Mülheim a. d. Ruhr haben in den letzten Tagen
Versammlungen von Bergarbeitern stattgefunden; Zweck
dieser ist Bildung eines Bergarbeiterbundes. Derselbe will
im Wesentlichen nachstehenden Zweck verfolgen: 1. für eine humane
Behandlung der Bergarbeiter seitens der Beamten Sorge tragen,
besonders in der Beziehung, daß der Bergmann außer seiner
Arbeitszeit seine politischen u. i. v. Pflichten, ohne Maßregelungen
zu gewärtigen, erfüllen kann; 2. strenge Einhaltung der Stün
digen Arbeitszeit, die in manchen Gruben verlängert werden soll;
bewirken; 3. die Sonntage und die kirchlichen Feiertage wahren;
4. eine den Kohlenpreisen entsprechende Steigerung der Löhne,
und 5. eine Reform des Knappschaftswesens, namentlich in der
Nichtung herbeiführen, daß sich die Bergleute die Vertheilung
wählen können und auch einen besseren Einblick in die Rechnungs
verhältnisse der Knappschaftsvereine erlangen. Das Programm
wurde eingehend von den Herren Hasselmann und Rosenkrantz
erörtert. Ersterer ist bekanntlich Socialdemokrat, Letzterer erklärt
Sich für ein. Der Bund als solcher erklärt übrigens, sich
um das politische, kirchliche oder sociale Glaubensbekenntniß seiner
Mitglieder nicht zu kümmern, sondern ganz wie die Knappschafts
vereine jeden Bergmann zuzulassen, der die Interessen des Bundes
zu fördern geneigt ist. Wir halten die Befürchtung nicht für
unbegründet, daß die Mitglieder dieses Bundes über kurz oder
lang der Socialdemokratie anheimfallen werden; jedenfalls erregt
es Bedenken, daß Herr Hasselmann an der Spitze der Agitation
für den Bund steht und in den berufenen Versammlungen in
Essen, Gelsenkirchen und Bochum das Programm erörtert hat.

Neuß, 7. Decr. Vor kurzem traten zwei übelbeleu
mundete junge Burichen aus Werden in angetrunkenem Zustande
in das Local des Wirthes Karrenberg im Zägerhof hierüber,
singen mit den anwesenden Gästen Jank an, lärmten und wur
den deshalb vor die Thür gesetzt. Als kurze Zeit darauf ein
der Aufwärter zufällig durchs Fenster sah, bemerkte er, wie der
eine jener Burichen unterhalb deselben stehend eine Dynamit
patrone mit daran befindlicher Zündschnur in der Hand hielt
und wie der andere im Begriffe war, die Zündschnur mittels
eines Zündbolschens anzuzünden. Zugleich hörte er Drohworte.
Offenbar hatten Beide die Absicht, die Patrone durch das in der
Nähe befindliche Kellerfenster oder in den Hausgang zu werfen
und sich so in fürchterlicher Weise zu rächen. Nur durch die
Geistesgegenwart des Aufwärters, der schnell hinauslief und dem
Auben die Patrone entriß, wurde entsetzlichem Unglück verhindert.
Die beiden Burichen hatten sich heute wegen dieses groben Un
fugs vor dem kgl. Polizeigerichte zu verantworten. Der Be
fugter der Dynamitpatrone wurde zu einer Haft von 6 Wochen
das höchste zulässige Strafmaß —, der Andere zu einer Haft
von 3 Wochen verurtheilt.

Zornhorn, 10. Dec. Ein hier in Arbeit stehender Schreiner
gehe, sowie ein hiesiger Schreinerlehrling hatten sich gestern
Nachmittag auf irgend eine Weise in den Besitz von Dynamit
Patronen zu bringen gewußt und gemeinschaftlich eine Patrone
durch Anzünden zum Explodiren gebracht, ohne daß es gleich ein
Unglück abgab. Der Lehrling, der die Gefährlichkeit des Dy
namits zweifellos nicht kannte, machte nachher allein noch ver
schiedene Experimente mit den übrigen Patronen, bis eine der
selben explodirte, ihm vom Daumen, Zeige- und Mittelfinger der
linken Hand je das erste Glied wegriß und Daumen und Zeige
finger der rechten Hand graßlich zerschmetterte. Der Unglückliche
wurde sofort in das städtische Krankenhaus zu Elberfeld geschafft.

Trier, 10. Dec. Laut einer Bekanntmachung des hiesigen
Oberbürgermeister-Amtes sind in Folge einer durch den hiesigen
Igl. Departements-Bezirksarzt Herrn Juchz vorgenommenen Unter
suchung 230 Stück Schafe, welche zu einem Transporte nach Ne
milly bestimmt waren, sämmtlich als räudekrank befunden und
getödtet worden.

Dortmund, 10. Decr. Wir lesen in der „Trem.“: Auf
Freitag den 14. d. M., sind die Mitglieder der Volksbank
zu einer außerordentlichen General-Versammlung zusammenberufen,
deren zweiter Gegenstand der Tagesordnung lautet: „Antrag des
Aufsichtsrathes und des Vorstandes auf Liquidation der Ge
nossenschaft.“ — Aus Witten, u. i. v. Nachbarn, dringt eine
gleiche traurige Kunde zu uns. Der Vorstand der Witterer
Volksbank, eingetragene Genossenschaft beruht auf den 11. Decr.
eine Versammlung seiner Mitglieder, um die Liquidation der
Gesellschaft endgültig zu beschließen.

Wetzl, 10. Dec. 35 Paare der seit drei Jahren in hiesiger
Gemeinde Getrauten hatten am 6. d. vor dem Untersuchungs
richter ein Verhör zu bestehen, ob sie von dem Herrn Dechanten
Lerberg in Rhynern Ehe-Dispensen erhalten hätten. Auch wur
den sie gefragt, ob sie nicht gehört, daß Jemand zu seiner Ver
ehelichung Dispense gehabt und woher. Es soll, laut dem „Wetzl.
Bl.“, bei der Verhandlung sehr heftiger Verggungen haben. Ge
fragt, ob er Dispense gehabt, antwortete einer mit einem mili
tairischen „Jawohl.“ Schon glaubte man den Geheim-Dele
gaten hinter Schloß und Riegel, als auf die weitere Frage:
von wem? die ernüchternde Antwort kam: „Von meinem Haupt
manne, der mich einige Zeit vom Dienste dispensirt hat.“ Die
Untersuchung hat nichts ergeben.

Arnsberg, 9. Dec. Das hiesige Appellationsgericht ver
handelte am 6. gegen den Hn. Pfarre Vikar Hermann aus Schar
fenberg bei Brilon wegen Ertheilung der missio cano
nica an Hn. Lehrer Knaben dafelbst. In der ersten In
stanz war Hr. Bismann von der Beisitzung, die §§ 4 und
5 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 übertreten zu haben, freige
sprochen worden. Die dagegen erhobene Berufung wurde von
der Appellinstanz verworfen. Annahme eines bischöflichen Rech
tes von Seiten des Beisitzigen wurde also auch hier in der Er
theilung der missio canonica nicht gefunden.

Münster, 7. Dec. Vor mehr als fünf Wochen, so schreibt
der „Westf. Merk.“, haben wir bereits auf die traurige Lage der
zahlreichen katholischen Gefangenen aufmerksam gemacht.

die, seit dem 1. Oct. in dem hier neu hergerichteten Filial-Gef
ängnisse untergebracht, jeder Seelsorge und des katholi
schen Gottesdienstes gänzlich entbehrten. Wenn die um
gehenden Nachrichten auf Wahrheit beruhen, so dauert dieser Zu
stand auch heute noch fort. Wir halten die Staatsregierung für
strenge verpflichtet, hier Sorge zu treffen, ja! nach unserer Mei
nung hätte das absolut Nothwendige vorher besorgt sein müssen,
ehe man die katholischen Gefangenen von denjenigen Strafan
stalten hierher überführte, in denen diesem Bedürfnisse Rechnung
getragen ist.

Münster, 8. Dec. Einem Trainsoldaten wurde von einem
Pferde der ganze untere Theil des Gesichtes weggebissen. Ein
Stück der Lippe soll in der Nahe wiedergefunden sein. Der
Unglückliche wurde sofort in's Lazareth geschafft.

Münster, 11. Decr. Einem vom 15. Novbr. datirten
Dankschreiben des hochw. Herrn Bischofs Fennel
in Madras (Indien) an die Redaction des „Westf. Merk.“,
welche im Ganzen 13,000 Mark zur Vinderung des in Folge
der Hungersnoth entstandenen Elendes an Bischof Fennel über
mittelt hat, entnehmen wir Folgendes:

„Sie werden mit Freuden hören, daß die Verhältnisse in der
Präbidentenschaft von Madras sich um Vieles gebessert haben.
Noch herrscht eine große Noth und ein großer Mangel an Lebens
mitteln, welche ungefähr 150 Procent mehr als gewöhnlich kosten,
und diese Noth wird bis zur Ernte im Januar andauern. Allein
es ist ein großer Trost, daß es überall viel geregnet hat, daß
man die Felder wieder mit grünen Saaten bedeckt sieht, und zu
versichtlich hoffen darf, der gute Gott werde uns im Januar
eine reiche Ernte geben, und dann die Hungersnoth des Jahres
1877 beendet sein. Unmöglich ist es, die Zahl der durch die
Hungersnoth Gestorbenen genau anzugeben, d. h. derjenigen, die
vor Hunger und die wegen der zu geringen und schlechten Lebens
mittel an Krankheiten gestorben sind. Man nimmt an, daß die
Zahl mehr als eine Million beträgt. Und das
während die Regierung ungeheure Summen ausgab, um die
Menschen zu retten. Man glaubt, daß die Hungersnoth an
wirklichen Ausgaben und an Ausfällen in den Einnahmen der
Regierung 8-10 Millionen Pfund Sterling (160 bis 200
Millionen Mark) gekostet hat. Der Verlust und der Gewinn
der Kirche während dieses Jahres läßt sich nicht leicht bestimmen.
Sterbefälle und Noth sind unter den Katholiken auch häufig ge
wesen. Dagegen sind Tausende von Kindern in articulo mor
tis gelaufen und zum Himmel gesendet. Tausende auch sind
werden in den Waisenhäusern erhalten und unterrichtet, die
Zahl der Catechumenen ist in diesem Jahre um vieles bedeuten
ter als jemals zuvor.“

Bermischtes.

Frankfurt a. M., 4. Dec. Ein junger Mann, dessen Bru
der sich kürzlich erschossen, brachte sich, wie das „F. Z.“ mittheilt,
gestern Nachmittag am Wald in selbstmörderischer Absicht zwei
Schußwunden bei, wovon eine in der Stirn lebensgefährlich ist.

Die „Columbia“ in Milwaukee (Amerika) schreibt: „Am
13. Oct. fand in Port Washington ein Leichenbegängniß statt,
wie die Stadt seit Langem kein ähnliches gesehen, und das nicht
blos dem Verstorbenen, sondern auch der katholischen Bevölkerung
alle Ehre machte: der hochw. Herr Franz Xaver Sailer
wurde zur letzten Ruhe bestattet. Am 11. Oct. war der Ver
dienstvolle Priester in Town Belgium, wo er seit August d. J.
Seelsorger gewesen, von seinem Leiden erlöst worden, und sein
lehter Wunsch war gewesen, in seiner früheren Gemeinde Port
Washington an der Seite seines alten Freundes, des unvergeß
lichen P. Bernabinger, begraben zu werden. Am 10 Morgens
langte der Leichenwagen in Port Washington an, doch erst nach
langer Bemühung gelang es, den Sarg in die Kirche zu bringen,
denn die unermessliche auf dem Platze verammelte Volksmenge
drängte sich ohne Aufhören an den Sarg; Jeder wollte noch in
das theuere Antlitz des verstorbenen Priesters schauen, und zahl
reiche Thränen flossen auf den Todtenjarg. Der hochw. Herr
F. X. Sailer wurde im Jahre 1824 zu Prabl, einem Dorfe bei
Innsbruck in Tirol, geboren, trat später in das Prämonstratenser
stift Witten und wurde am 29. Juli 1848 zum Priester geweiht.
Am 4. Juli 1852 landete er in den Vereinigten Staaten und
wurde zum Seelsorger der Marienkirche in Port Washington er
nannt. Am 24. August 1877 wurde er nach Belgium, Osaule
Co., versetzt. Bereits tränkend und mit erschöpften Kräften
langte er dort an und durch seine beiden Nachbapriester Rev.
Q. Müller und H. Willmes mit den heil. Sterbesacramenten ver
sehen und zu einem seligen Tode vorbereitet, verschied er am
Abend des 11. Oct. sanft und ruhig im Herrn.“

Literarisches.

Kulturkampf und Spionage, oder: Der Proceß Ro
niger am Bonner Zuchtpolizeigerichte. Beitrag
zur Sittengeschichte der Kulturkämpfsaera. Preis 30 Pfg.
Bonn, P. Hauptmann'sche Verlagsbuchhandlung.

Bei dem allseitigen Interesse, das der Roniger'sche Proceß in
Deutschland und sogar über dessen Grenzen hinaus erregt hat,
dürfte das Schriftchen, in dem der stenographische Bericht der Pro
ceßverhandlungen, sowie die Urtheile von Blättern der verschiedensten
Parteihaltungen wiedergegeben sind, beim Publikum großen
Anfang finden.

Amthches.

Se. Maj. der Kaiser haben den großherzoglich oldenb. Ober
Appellations-Rath Hüllmann zu Oldenburg zum Reichs-Ober
Handelsgerichts-Rath ernannt.

Se. Maj. der König haben dem Stadt- und Kreisgerichts
Präsidenten v. Stoepbaltus zu Magdeburg den Rothen Adler
Orden 2. Classe mit Eichenlaub verliehen und der Wahl des
Oberlehrers A. Kirchhoff am Gymnasium Josephinum in Hildes
heim zum Director dieser Anstalt die Allerhöchste Bestätigung
ertheilt.

Dem Rechtsanwält Graf in Sachsenhausen ist die B. legun
seines Wohnsitzes nach Corbach gestattet worden.

Der Referendar Kraft aus Aachen ist zum Advocaten in
Bezirk des Königl. Appellations-Gerichtshofes zu Köln ernan
net worden.

Handels-Nachrichten.

Köln, 12. Decr. (Amst. Notierungen der Handelsmüller.) Weizen behauptet, hies. eff. M. 23.00—24.50 S., fremder 22.00 S., per März 21.30—25 S., 21.85 S., 21.80 S., per Mai 21.70—75 S., 21.75 S., 21.70 S.

Weggen behauptet, hies. eff. M. 17.50 S., fremder 16.00—20.00 S., mit Gewicht von 69 Pfd. per 50 Liter per März 15.30 S., 15.25 S., per Mai — S., 15.30 S., 15.25 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Häfer behauptet, ohne Sack per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Liter per März M. 15.20 S., 15.00 S.

Liverpool, 12. Dec. Baumwolle unverändert, Umsatz 10000 S., zu 12.00 S.

London 12. Dec. Schwimmende Weizenladungen angekommen 8, zum Verkauf angeboten 21 Cargos.

New-York, 11. Decr. Goldagio 108 London 4 3/8% — Wehl extra State D. 5.60. Mather Frühjahrsweizen D. 1.46.

Speel 7 1/2. — Baumwolle middling Upland 1 1/2 cs. — Baumwoll-Käufe in sämtlichen Häfen der Union 36 000 Ballen, Export nach England 20000 S., nach Continent 8000 S.

Piehmärkte.

Berlin, 10. Dec. Zum Verkauf standen: 2395 Rinder, 7332 Schweine, 899 Kälber, u. 3626 Hammel. Das Geschäft in Rindvieh war ruhig. Es wurde bezahlt: für beste Waare M. 62—63, 2. Qual. 51—54, 3. Qual. 39—36. Auch in Schweinen war kein sehr ansehnliches Geschäft. 1. Qual. 51—52, für 2. Qual. 45—48 und 3. Qual. 39—44 M. Hammel 1. Qual. 24—25, 2. Qual. M. 18—1.

Lotterie.

Bei der am 11. Decr. angefangenen Ziehung der 2. Klasse 157. preuß. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 12,000 M. auf Nr. 35,723; 1 Gewinn von 6000 M. auf Nr. 73,753; 2 Gewinne von 1800 M. fielen auf Nr. 57,740 und 67,395; 3 Gewinne von 600 M. auf Nr. 38,252, 47,160 und 71,610, und 5 Gewinne von 300 M. auf Nr. 5599, 19,892, 31,991, 47,152 und 47,687.

Bei der am 12. Dec. fortgesetzten Ziehung fiel 1 Gewinn von 12000 M. auf Nr. 38137; 1 Gewinn von 6000 M. auf Nr. 67733; 1 Gewinn von 1800 M. auf Nr. 86648; 2 Gewinne von 600 M. fielen auf Nr. 42523 und 77541, und 5 Gewinne von 300 M. auf Nr. 15375, 26201, 50313, 87953 und 88841.

Letzte Post.

Berlin, 12. Dec. Die Prov.-Corr. bezeichnet den Fall Plewnas als die wichtigste und voraussichtlich folgenreichste Wendung des Orientkrieges und schließt den betreffenden Artikel: „Der russisch-türkische Krieg ist in eine neue Phase getreten. Es wird der Türkei sehr schwer werden, sich den übermächtigen und möglicher Weise entstehenden Folgen der neuen Wendung noch auf längere Zeit zu entziehen.“

Die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich wegen Erneuerung des mit dem 31. Dec. d. J. ablaufenden Handelsvertrags, welche vor kurzem abgebrochen waren, sind Seitens der österreichisch-ungarischen Regierung neuerdings mit dem Antrage auf Verlängerung der Geltung des bisherigen Handels-Vertrags für den Zeitraum von sechs Monaten wieder aufgenommen worden. Die Regierung des Deutschen Reichs hat

so eben ihre Bereitwilligkeit zu einem derartigen Abkommen zu erkennen gegeben.“

Berlin, 13. Dec. Einer zwischen der deutschen und der russischen Telegraphen-Verwaltung getroffenen Verständigung zufolge tritt vom 1. Januar l. J. ab im beiderseitigen Verkehr der Worttarif in Anwendung. Die bisherigen Zonen sind beseitigt. Die Einheitsziffer beträgt 20 Centimes für das Wort.

Paris, 12. Dec. Der Köln. Ztg. wird telegraphisch: Im Senat wird vorgeschlagen, daß die Kammer die Steuern für den Monat Jan. bewilligen möge, um die Katastrophe zu verhindern, die dadurch entstehen müßte, wenn vom 1. Januar plötzlich alle Zahlungen des Staates eingestellt würden. Die Republique Francaise spricht sich jedoch entschieden gegen die Bewilligung eines Zwölfstels aus. Die Constitutionellen des Senats, meint sie, welchen die letzten Vorfälle die Augen geöffnet, können von den republikanischen Deputirten dies nicht verlangen, und letztere würden nicht zu entschuldigen sein, wenn sie es bewilligten; das Land würde es ihnen nicht verzeihen, wenn sie einer meuterischen Regierung das Staatsvermögen in die Hand geben würden. Das Journal des Debats' erörtert heute ebenfalls die Frage betreffs der Bewilligung eines Zwölfstels. Es meint, daß, einmal vorausgesetzt, die Kammer wolle dasselbe bewilligen, dieses erst Ende dieses Monats geschehen dürfte, so daß der Senat nicht eine neue Auflösung des Staatsvermögens in die Hand geben würde. Die Zirkulationen verlangen die sofortige Annahme oder Vermittlung Englands: aber nach den Erklärungen der englischen Minister und besonders nach der Rede Andraffy's, die so großen Eindruck machte, nimmt man hier an, daß England in seiner abwartenden Stellung verharre.

In den offiziellen türkischen Kreisen ist man nicht der Ansicht, daß der Fall von Plewna den Abschluß des Friedens beschleunigen werde. Hätte die französische Regierung nicht mit der inneren Krisis alle Hände voll zu thun, so wäre es, wie man meint, nicht unmöglich, daß England Europa zum Zusammenwirken mit ihm auffordern würde, um sich mit der orientalischen Frage zu beschäftigen; jetzt jedoch, fügt man hinzu, seien die auswärtigen Mächte mehr mit den französischen Händen als mit der orientalischen Frage beschäftigt. Uebrigens hofft man hier, daß die Türken den Widerstand entschlossen fortsetzen werden.

Paris, 9. Dec. Von hier schreibt man der D. Reichstg.: In der Republik Ecuador hat die Loge ein neues schändliches Verbrechen begangen. Es war ihr nicht genug den Präsidenten Garcia Moreno durch Mord ermordet und den Erzbischof von Quito durch Vergiftung aus dem Leben geschafft zu haben, auch der Bischof Lizarzaburu von Guayaquil, der nach dem Tode des Erzbischofs von Quito mit so großem Freimuth und mit so großer Entschiedenheit gegen die Revolution für die Sache unserer hl. Kirche in die Schranken getreten ist, mußte beseitigt werden. Freilich wurde bei ihm die Sache etwas feiner angelegt, als dies bei dem Erzbischof von Quito der Fall gewesen; allein die Thatfache steht fest, auch Lizarzaburu ist auf Anstiften der Freimaurer vergiftet worden.

Madrid, 12. Dec. Die amtliche Gaceta veröffentlicht eine königliche Verfügung, welche die Cortes zum 10. Januar einberuft.

Verkauf

zu Weissenberg.

Auf Anstehen der Erben des zu Weissenberg verlebten Adlers Peter Kaiser sollen

am Montag den 17. d. M.,

Mittags 1 Uhr,

im Sterbehaus theilungshalber Mobilien aller Art, als:

Tische, Stühle, Bettstellen, Schränke, 1 Schieblarren, 1 Mannstühle, 1 Karre, 1 Pflug, 3 Eggen, 2 Kühe, 3 Schweine, Hühner, eine Partie Kunkelrüben, 5000 Pfd. Roggenstroh, 10 Malter Kartoffeln, sowie Haus- u. Küchengeräthe aller Art öffentlich durch den Unterzeichneten gegen Zahlungsausstand versteigert werden. Neuf., den 11. December 1877.

Der Gerichtsschreiber:

C. Pöhl.

Die noch vorrätigen langen Stiefel und Polkaloschen werden zu Einkaufspreis abgegeben.

H. Th. Duadt.

5000 Paar Huppen für Lederhalschube ganz billig bei

Dr. Silges, Neuf.

Gesucht ein Kapital von 2100 Thlr. gegen doppelte Sicherheit ohne Unterhändler. Von wem, sagt d. Exp.

Lebend frische Sgmonder Schellfische und Cablian empfiehlt

Jos. Mertens, Köstr.

Fr. süße Schellfische empfiehlt

H. Hofer, Strömstraße.

Lebend frischen Cablian u. Sgmonder Schellfische empfiehlt die Fischhandlung

M. Walge, Buchel.

Es stehen 4 Mörtel, Barriere, mit Anker an Speicher, Waschlade und Keller, zu vermieten. Auch können davon 2 frisch möblierte Zimmer abgegeben werden.

Die Leder - Handlung

H. Meßger in Düsseldorf,

Mittelfraße am Karlsplatz, I. Stock,

empfehlend Hamburger Kiedler in Vorhuden, Schäften und Blättern leichte Baugen 4 bis 5 Pfd., welche sich besonders zu Reistiefeln eignen, zu äußerst billigen Preisen. Sohlleder von 15 bis 19 Sgr. Hoch- und Ringgarnen a 12 1/2 Sgr.

Gicht & Rheumatismus,

deren Lähmungen und andere innerliche und äußerliche seither für unheilbar gehaltene Krankheiten.

Leiden den jeden Grades, denen schon längst nicht mehr in den Sinn gekommen ist, noch dieses oder jenes für ihr Leiden zu gebrauchen und die kostbare Gesundheit wieder zu erlangen, ist dennoch eine Hoffnung geblieben, sich von ihrem jahrelangen Elend befreien zu können, mögen die Leiden innerliche oder äußerliche, mögen nur einzelne oder alle Körperteile afficirt sein.

Dem Darsteller der Moessinger'schen Mittel hat es unsägliche Mühe gekostet, bis es ihm gelungen ist, durch seine neue Heilmethode: Ablagerungen (Verknorpelungen) im verhärteten Zustande wieder zu erweichen und zum Vertheilen zu bringen, wodurch allein das Gelenk, resp. die Sehne wieder in die frühere Lage greifen kann und die Circulation des Blutes wiederhergestellt wird, ferner jene leidenden Theile, welche vorher gekrümmt waren, oder in Folge der Schmerzen nicht bewegt werden konnten, sowie die leidenden Theile, welche bereits gefühllos geworden waren, wieder zu beleben und zu kräftigen. Die hartnäckigste und langjährigste Kopf- und Halsgicht wird gelindert in einer Minute und geheilt binnen 3 Tagen.

Man verwechsle diese Mittel nicht mit jenen Zufallsgemischen betrügerischer Kurfürscher, die schon Manchem die Augen geöffnet. Der beste Beweis, dass meine Mittel im hoffnungslosesten Zustande noch heilen, ist, dass Jeder den Erfolg schon den zweiten Tag verspürt und zwar einleuchtend, ob es eine schwächere oder stärkere Natur ist. Die Mittel können vom Greise wie vom Kinde gebraucht werden, ferner wird derjenige, welcher seinem Berufe noch nachgehen kann, durch die Kur nicht gestört, mögen nun die Leiden durch Erkältung, Fallen, feuchte Wohnung, verdorbenen Magen, durch Ueberanstrengung der Nerven u. s. w. entstanden sein. Ich brauche nicht zu wissen, ob die gewöhnlichen Kuren wie Schwitzen, Leberthran, Petroleum, Baden, Warmhalten oder sonstige Quacksalbereien schon angewandt sind, nur bitte, kurz das Leiden und sein Stadium zu beschreiben. Bitte um genaue Wohnungsangabe.

L. G. Moessinger in Frankfurt a. M.

Vor Anwendung meiner Kur (welche nur unbedeutende pecuniäre Opfer auferlegt) kann eine große Reihe von Dankschreiben Geheilter, die mir allein in den letzten Wochen zugekommen, und über deren Authentizität sich bei den Betroffenen zu informieren ich Jedermann freistelle, eingesehen werden.

Fertige Zimmerthüren, eichene und Kienholz Fensterrahmen, in verschiedenen Größen, Futter-Verleibungen, Fußleisten u. empfehlen billig und versenden Zeichnungen u. Preiscurante gratis. Bippmann, Furtmann & Funder, Düsseldorf, Oberstr. 45.

Den beliebten und ärztlicherseits allgemein empfohlenen

Medicinal-Magenbitter,

gen. L'estomac,

von Dr. med. Schrömbgens, halte stets in

Originalverpackung vorrätig.

Grevenbroich. A. Pafenius.

Unterleibsbruchleidende

finden in der durchaus unschädlich und schmerzlos wirkenden Bruchsalbe von Gottlieb Sturzenegger in Berlin, Kantons Appenzell, Schweiz, ein überraschendes Mittel. Ebenso wohlthätig wirkt diese Salbe bei Muttervorfall. Zahlreiche Zeugnisse und Dankschreiben sind der Gebrauchsanweisung beigelegt. Zu beziehen in Töpfen von M. 5. Auch ist Näheres zu erfahren bei: Düsseldorf, Fr. Limburg. H3707Q

Zeugnis: Durch meine Vermittlung haben sich mit Ihrer Bruchsalbe bereits 21 Personen von verschiedenen Leidschäden, darunter ein Greis von 72 Jahren von einem erschrecklichen Bruche geheilt. Ich wollte mich als Priester nicht weiter mit der Vermittlung befassen. Da ich aber von mehreren Seiten sehr eindringlich darum angegangen wurde, so erlaube ich mir die Bitte, um beilegende 15 fl. öfter. W. Bruchsalbe von beiden Sorten senden zu wollen. Abrechtsdor, Torontaler Comitai, in Ungarn, am 21. Februar 1876. Michael Ranten, Priester.

Photographie.

Erlaube mir mein photographisches Atelier für die Festtage in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Jean Simons,

Photograph.

Ein braves Mädchen für eine kleine Haushaltung gef. Canakstr. 24.

Ein tüchtiges Mädchen für alle häuslichen Arbeiten gesucht. M. f. d. G.

Spezialität der

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Ball-Berein.

Freitag den 14. cr., Abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Weinhaus.

Rechnungs-Ablage.

Der Vorstand.

Herrschaften können auf Nichterhalt der Rechnung erhalten durch Frau Köcher, Friedrichstr. 6.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.

Leber-Extrakt.